

EUROPÄISCHES PARLAMENT
ASP 12 G 342
B-1047 BRÜSSEL
TEL: +32 2 284 5191
FAX: +32 2 284 9191
Email: [eri-
ka.mann@europarl.europa.eu](mailto:erika.mann@europarl.europa.eu)



Erika Mann



EUROPABÜRO
ODEONSTR. 15/16
D-30159 HANNOVER
TEL: +49 511 1674 268
FAX: +49 511 1674 263
[Europabuero-
erika.mann@spd.de](mailto:erika.mann@spd.de)

Newsletter August 2008

Liebe Leserinnen und Leser,

auch im Sommer blieb die Zeit nicht stehen und viele Themen, die auch für Niedersachsen relevant sind, wurden vorangetrieben. Wir möchten Sie im Folgenden über die Geschehnisse dieser politisch etwas ruhigeren Zeit informieren.

Für Anregungen und Fragen stehe ich wie immer zu Ihrer Verfügung.

Ihre Erika Mann

Aktuelle europäische Themen

VW-Gesetz: Erika Mann im Gespräch mit der Europäischen Kommission

Nach der Verkündung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum so genannten VW-Gesetz vom 23. Oktober 2007 hat das Bundeskabinett auf seiner Sitzung am 27. Mai 2008 einen Gesetzentwurf gebilligt, der weiterhin eine 20%-ige Sperrminorität für das Land Niedersachsen bei Volkswagen vorsieht. Als Reaktion hierauf leitete die Europäische Kommission am 5. Juni 2008 erneut ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein.

Erika Mann ist der Meinung, dass die europäische Wettbewerbspolitik eines erweiterten ökonomischen Ansatzes bedarf, der auch eine alternative Betrachtungsweise bzw. eine Neubewertung des VW-Gesetzes erlauben würde. Diesen Ansatz hatte sie Ende Juli in einem Brief an die Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes ausführlich dargelegt. Der angesprochene Ansatz bezieht die Theorie der Verhaltensökonomie mit ein, im Rahmen derer etwa menschliche Entscheidungsprozesse ein Abweichen von Standard-Annahmen erlauben. Dem Ansatz folgend können bestehende Zwänge in die Betrachtung einbezogen werden, welche in der klassischen Wirtschaftstheorie außen vor bleiben. Im Falle des VW-Gesetzes erlaubt es dieser alternative Ansatz, den besonderen sozio-historischen Hintergrund der diesem Gesetz unterliegt, mit ein zu beziehen.

Wer mehr zu diesem Thema wissen möchte, kann sich gerne direkt an das Büro von Erika Mann wenden.

EU-Reformvertrag: Sarkozy fordert zweites Referendum in Irland

Die Idee des französischen Staatspräsidenten und derzeitigem EU-Ratsvorsitzenden Nicolas Sarkozy, dass gescheiterte Referendum über den Vertrag von Lissabon und die Reform der Europäischen Union zu wiederholen, ist in Irland auf breite Ablehnung gestoßen. Sarkozy hatte angeregt, dass das Referendum gemeinsam mit den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 stattfinden könnte. Die irische Regierung hat gleichzeitig aber angekündigt, bis Ende 2008 Klarheit über das weitere Vorgehen schaffen zu wollen. Hierzu plant sie u. a., das irische Abgeordnetenhaus zu einem Sondertermin einzuberufen, um über das Referendum zu diskutieren. Im Vorfeld des Europäischen Rats am 15./16. Oktober 2008 wird der irische Premier Cowen außerdem erneut Gespräche mit Präsident Sarkozy führen.

Die britischen Konservativen haben indes erklärt, dass unter einer konservativen britischen Regierung die Ratifizierung des Vertrags durch Großbritannien zurückgezogen und ein Referendum abgehalten würde.

In Deutschland ist die Ratifizierung des Vertrages ebenfalls noch nicht vollständig abgeschlossen. Auch wenn beiden Organe - Bundestag und Bundesrat - den Vertrag mit großer Mehrheit angenommen haben, so steht die erforderliche Unterzeichnung durch den Bundespräsidenten noch aus. Da noch mehrere Verfas-
20080903 Newsletter August 2008

sungsbeschwerden gegen den Vertrag beim Bundesverfassungsgericht anhängig sind, wird der Bundespräsident die Unterzeichnung vorerst noch nicht vornehmen.

Artikel der "Irish Times" zum Thema

<http://www.irishtimes.com/newspaper/frontpage/2008/0722/1216627320404.html>

<http://www.irishtimes.com/newspaper/ireland/2008/0723/1216740957185.html>

http://www.irishtimes.com/newspaper/breaking/2008/0724/breaking69_pf.html

Interview mit außenpolitischem Sprecher der Konservativen

http://www.ft.com/cms/s/0/7b5ed1a4-5850-11dd-b02f-000077b07658.html?nclick_check=1

Telekommunikation

Bald auch SMS im EU-Ausland günstiger

Rund ein Jahr nachdem die EU-Roamingverordnung in Kraft trat, plant die Europäische Kommission eine Revision dieser Verordnung. Dabei soll der Geltungsbereich auf SMS-Roaming ausgedehnt, und der Zeitrahmen für die bereits bestehende Sprach-Roaming-Verordnung auf weitere drei Jahre verlängert werden. Darüber hinaus wird erwartet, dass die Europäische Kommission im frühen Herbst zusätzlich Vorschläge zum Daten-Roaming vorlegen wird, die u.a. auf einen besseren Verbraucherschutz abzielen.

Erika Mann hat sich stets dafür eingesetzt, auch für den Bereich des SMS-Roaming eine Preisregulierung vorzunehmen. Die Preise sind vollständig überzogen und es ist unlogisch, eine Regulierung im Sprachbereich, nicht aber für SMS zu haben. Deshalb ist die Ausweitung des Geltungsbereichs notwendig.

Weitere Informationen

http://erikamann.com/presse_articles/RoamingVerordnungSMSDaten

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1144&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Neue Roaming-Webseite der Kommission

<http://ec.europa.eu/roaming/>

Beschäftigung und Soziales

Stärkung der Europäischen Betriebsräte geplant

Am 2. Juli 2008 wurde ein Vorschlag von der Europäischen Kommission angenommen, der mehr Unterrichts- und Anhörungsrechte für Arbeitnehmer vorsieht. Die gültige "Richtlinie über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats" soll mit diesen Vorschlägen überarbeitet werden.

Es ist geplant, dass bei länderübergreifenden Umstrukturierungsmaßnahmen die Europäischen Betriebsräte häufiger angehört und frühzeitiger informiert werden. Darüber hinaus soll die Zahl der Betriebsräte erhöht werden. Die Vorschläge der Kommission wurden dem Europäischen Parlament zugeleitet und werden dort in den kommenden Monaten beraten.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat die Überarbeitung der Betriebsräterichtlinie im Prinzip begrüßt, da die Anpassung der Richtlinie an die veränderten Rahmenbedingungen bereits seit Langem geplant war. Allerdings wird der Kommissionsentwurf auch in wesentlichen Punkten kritisiert. So findet sich die ursprünglich geplante Idee einer Konsultation der Arbeitnehmer z.B. im Falle von Betriebsverlagerungen nicht in dem Vorschlag wieder. Außerdem fordern die Gewerkschaften, dass nötige Schwellenwerte zur Gründung eines Europäischen Betriebsrats gesenkt werden. Der DGB hat sein Interesse an einer schnellen Verabschiedung der Richtlinie bekundet.

Derzeit gibt es in 820 Unternehmen Europäische Betriebsräte. Diese vertreten rund 14,5 Millionen Arbeitnehmer.

Weitere Informationen

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1073&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Richtlinienvorschlag

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=458&langId=en>

Stellungnahme des DGB

http://www.dgb.de/presse/pressemeldungen/pmdb/pressemeldung_single?pmid=3245

Mehr Rechte für Menschen mit Behinderung bei Flugreisen

Am 26. Juli 2008 ist eine neue Verordnung in Kraft getreten, nach der Menschen mit Behinderungen den gleichen Zugang zu Flugreisen erhalten müssen, wie alle anderen Reisenden auch. Diese Regelung beinhaltet beispielsweise die kostenfreie Bereitstellung bestimmter Dienstleistungen an Flughäfen und durch die Fluggesellschaften wie etwa Assistenz, der Transport von Rollstühlen oder Blindenhunden. Die Verordnung gilt für alle Flüge europäischer Fluglinien, die europäische Flughäfen anfliegen, dort starten oder landen. Bei Flügen aus Drittstaaten gelten die Vorschriften nur für europäische Fluggesellschaften.

In Niedersachsen leben rund 640.000 Menschen mit Behinderungen. Für sie ist diese Verordnung ein Schritt zu weniger Diskriminierung.

Verordnung über die Rechte von behinderten Flugreisenden und Flugreisenden mit eingeschränkter Mobilität

http://ec.europa.eu/transport/air_portal/passenger_rights/doc/2006_1107_reg/2006_07_26_1107_de.pdf

Weitere Informationen

http://ec.europa.eu/transport/air_portal/passenger_rights/prm/index_en.htm

Diskriminierungsverbot auf Betreuer behinderter Menschen ausgeweitet

Die Antidiskriminierungsrichtlinie (2000/78/EG) muss laut dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) so ausgelegt werden, dass sie auch auf Personen ausgedehnt wird, die nicht unmittelbar durch eine Behinderung beschränkt ist. Sie soll auch eine nachteilige Behandlung der Personen verhindern, die z.B. durch die Behinderung eines Kindes betroffen sind.

Zu dieser Auffassung gelangte der EuGH in einem Urteil vom 17. Juli 2008. Die Mutter eines Kindes mit Behinderung hatte gegen ihren früheren Arbeitgeber geklagt, der sie nach ihren Angaben auf Grund der Behinderung ihres Kindes schlechter behandelt hätte als andere Arbeitnehmer. Der frühere Arbeitgeber hatte der Mutter u.a. keine flexiblen Arbeitszeiten eingeräumt und ihr schließlich die Zustimmung zu einer freiwilligen Kündigung abgerungen.

Pressemitteilung des EuGH zum Urteil

<http://curia.europa.eu/de/actu/communiqués/cp08/aff/cp080053de.pdf>

Sanktionen für Beschäftigung illegaler Arbeitnehmer: keine einheitliche Haltung der Mitgliedstaaten

Die EU-Innenminister sind uneinig darüber, wie Sanktionen gegen Arbeitgeber aussehen sollen, die Arbeitskräfte illegal beschäftigen. Ein Teil der EU-Mitgliedstaaten (darunter alle Mittelmeeranrainerstaaten) möchte EU-weite Regelungen durchsetzen. Ein anderer Teil, zu dem auch Deutschland zählt, will in diesem Bereich nationale Regeln einführen. Auch ein Vorschlag der französischen Ratspräsidentschaft, in besonders betroffenen Branchen wie der Baubranche oder der Gastronomie eine Mindestquote für Inspektionen einzuführen, fand keine Mehrheit.

In Niedersachsen gibt es in der Land-, Forst und Fischereiwirtschaft mehr als 38.000 Beschäftigte, rund 155.000 Beschäftigte im Baugewerbe und 68.000 im Gastgewerbe (Stand 30. September 2007). Die geschätzten Schäden durch Schwarzarbeit lag 2006 bundesweit bei 600 Mio. Euro, in Niedersachsen wird der Schaden auf rund 85 Mio. Euro geschätzt.

Weitere Informationen

<http://www.nls.niedersachsen.de/Tabellen/Erwerbstaetigkeit/K70G4111300907.html>

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/jha/101974.pdf

Zuwanderung: noch keine Einigung über Zulassung hochqualifizierter Drittstaatsangehöriger

Bei der Diskussion um die Zulassung hochqualifizierter Arbeitskräfte aus Drittstaaten sind die EU-Mitgliedstaaten noch zu keiner Einigung gekommen. Die zuständigen Minister sind uneinig darüber, nach welcher Definition eine Person als "hochqualifiziert" eingestuft werden soll.

Das Europäische Parlament wird voraussichtlich im Herbst über den Richtlinienentwurf in erster Lesung abstimmen. Dieser geht auf einen Vorschlag der Europäischen Kommission zurück und sieht ähnlich wie die in den USA verbreitete "Green Card" eine "Blue Card" vor, mit der die Bedingungen über Einreise und Aufenthalt für Arbeitskräfte definiert sind.

Hintergrund für die Einführung der "Blue Card" ist unter anderem der anhaltende Fachkräftemangel innerhalb der Europäischen Union. Darüber hinaus ist in Anbetracht der demographischen Veränderungen die Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte für bestimmte Bereiche notwendig. So ist beispielsweise laut Angaben des Branchenverbandes BITKOM (Stand: Dezember 2007) das Defizit an Experten in der Informationstechnik und der Kommunikationsbranche so hoch wie seit 2001 nicht mehr.

Auch in internationalen Abkommen wird die Zuwanderung von Arbeitskräften thematisiert. Im Rahmen der laufenden Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Staaten wie Indien spielt dieser Faktor eine wichtige Rolle, wenngleich die Verhandlungen zu dem Freihandelsabkommen mit Indien derzeit auf Eis liegen. Indien verfügt z.B. über viele gut ausgebildete IT-Spezialisten, für die der Zugang zu anderen Arbeitsmärkten von Bedeutung ist.

Mit anderen Staatengruppen, wie etwa den Staaten der Karibik wurde Ende 2007 ein Handelsabkommen vereinbart. Dieses enthält bereits Regelungen über eine Zuwanderung von Arbeitnehmern.

Umfangreiche Informationen zum Thema "Blue Card" bietet die Webseite des Centrums für Europäische Politik (CEP)

<http://www.cep.eu/531.html>

Vorschlag der Europäischen Kommission

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0637de01.pdf

Verabschiedung der beschäftigungspolitischen Leitlinien

Am 9./10. Juni hatten sich die EU-Mitgliedstaaten auf Leitlinien für Beschäftigung geeinigt. Diese Einigung wurde am 30. Juni 2008 von den Mitgliedstaaten förmlich verabschiedet.

Mit den Leitlinien werden unter anderem die Ziele Vollbeschäftigung, Steigerung der Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität und die Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts verfolgt. Das Europäische Parlament hat bereits am 20. Mai seine Stellungnahme zu den Vorschlägen der Europäischen Kommission verabschiedet.

Entscheidung des Rates

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st10/st10614.de08.pdf>

Position des EP

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0207+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Agrar

Ungenutzte Mittel für ländlichen Raum übertragbar

Die bis Ende 2007 nicht ausgeschöpften Mittel zur Entwicklung des ländlichen Raums werden auf den Zeitraum 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2013 übertragen. Eine entsprechende Änderung wurde von den EU-Mitgliedstaaten beschlossen.

In der abgelaufenen Programmperiode 2000 bis 2006 hat das Land Niedersachsen insgesamt ca. 544,4 Millionen Euro aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) zur Förderung des ländlichen Raumes erhalten.

Beschluss der EU-Mitgliedstaaten

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st10/st10647.de08.pdf>

Förderung des ländlichen Raums in Niedersachsen erschwert

Die Förderung des ländlichen Raumes ist ein Bereich europäischer Agrarpolitik, der immer größere Bedeutung einnimmt. Jedoch folgt die Umsetzung der damit verbundenen Ideen nicht immer einem logischen An-

satz. Beispielhaft möchten wir Ihnen einen Fall vorstellen, in dem eine sinnvolle Umsetzung an ihre Grenzen stößt. Ein Landwirt aus Niedersachsen mit einem hofeigenen Schlachtbetrieb muss auf Grund neuer Europäischer Vorschriften (Hygienestandards) diesen modernisieren, damit er diesen Betrieb auch in Zukunft führen kann. Dafür benötigt er finanzielle Förderung. Der zuständige Landkreis hat das Projekt in das "Integrierte ländliche Entwicklungskonzept (ILEK)" aufgenommen, stößt aber in der konkreten Abwicklung auf eine paradoxe Rechtssituation: In Niedersachsen gibt es für das ILEK die so genannte ZILE-Richtlinie. Diese schließt aber die Förderung von der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung aus. Im niedersächsischen Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) ist diese Förderung aber vorgesehen. Das AFP schließt jedoch eine Förderung von Schlachträumen aus. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Verarbeitung von Fleisch gefördert wird, aber nicht die Schlachtung.

Erika Mann ist als örtlich zuständige Europaabgeordnete gebeten worden, sich in diesen Fall einzuschalten. Sie hat sich daher an den zuständigen Landesminister Ehlen gewandt, der in seiner Antwort jedoch konkrete Antworten offen ließ. Erika Mann wird sich mit der Antwort des Ministers nicht zufrieden geben.

Abschaffung von Vermarktungsnormen für Obst und Gemüse geplant

26 der derzeit 36 Vermarktungsnormen für Obst und Gemüse werden möglicherweise abgeschafft. Dies geht auf eine Initiative der EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel zurück, die nach neuen Erkenntnissen offenbar die nötige Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten haben wird. Demnach hat sich die Zahl der Staaten, die sich gegen die Streichung von Vermarktungsnormen ausgesprochen haben, auf 15 reduziert. Diese 15 Staaten hätten in einer Abstimmung über einen entsprechenden Kommissionsvorschlag nicht die nötige qualifizierte Mehrheit, um den Vorschlag zu stoppen.

Gelingt eine Änderung der Vermarktungsnormen, so wird auch die seit vielen Jahren immer wieder beispielhaft angeführte Regelung zur Krümmung der Salatgurke der Vergangenheit angehören.

Ob und inwieweit die Abschaffung von Vermarktungsnormen für Obst und Gemüse Auswirkungen auf die niedersächsische Obst- und Gemüsewirtschaft hat, wird sich zeigen. Im Bereich der Obst- und Gemüseverarbeitung sind rund 5.300 Beschäftigte tätig. In der Branche wurden 2005 rund 1,9 Mrd. Euro erwirtschaftet.

Informationen

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/273/303268/text/>

http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2008/2008_215/08.html

http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C36666146_L20.pdf

45,7 Mio. Euro für die Absatzförderung von Agrarerzeugnissen

Mit 31 Programmen, die in insgesamt 16 EU-Mitgliedstaaten aufgelegt werden, will die Europäische Kommission den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse fördern. Insgesamt sollen für die Programme knapp 100 Mio. Euro zur Verfügung stehen, an denen die EU zur Hälfte beteiligt ist.

Die Programme betreffen z.B. ökologische Erzeugnisse, landwirtschaftliche Qualitätsprodukte und Milchzeugnisse und sollen die Bevölkerung für die Qualität dieser Produkte sensibilisieren und deren Vorzüge erläutern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1206&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Beispiel für eine bestehende Maßnahme zur Absatzförderung: Eine Gemeinschaftskampagne für Butter

http://www.cma-marketing.de/content/marketing_aktuell/butter-macht-das-leben-lecker.php

Verbraucherschutz

Milch und Obst an Schulen

Bereits seit August 2008 ist eine neue Schulmilchregelung in Kraft, mit der eine gesunde Ernährung und bessere Essgewohnheiten von Kindern verfolgt werden. Mit der Verordnung wird die Verteilung von Milch in Schulen unterstützt. In veränderter Form gibt es die Regelung bereits seit mehr als 30 Jahren. Im Schuljahr 2006/07 wurden rund 305.000 Tonnen Milch in 22 EU-Mitgliedstaaten verteilt. Die Europäische Gemeinschaft steuerte hierzu mehr als 50 Mio. Euro bei. Das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten hatten die Neuauflage der Regelung gefordert.

http://ec.europa.eu/agriculture/markets/milk/schoolmilk/index_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1116&format=HTML&aged=0&language=D&guiLanguage=en>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:183:0017:0026:DE:PDF>

Neben der Schulmilchregelung wird außerdem die kostenlose Abgabe von Obst und Gemüse an Schulkinder eingeführt. Diesem Vorschlag der Kommission müssen allerdings die EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament zustimmen. Das neue Programm sieht jährlich rund 90 Mio. Euro vor. Die Europäische Kommission schätzt, dass rund 22 Millionen Kinder in der EU übergewichtig und 5 Millionen Kinder übergewichtig sind, Tendenz: rapide steigend.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1116&format=HTML&aged=0&language=D&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/agriculture/markets/fruitveg/sfs/index_de.htm

Auch in der Region Hannover werden Maßnahmen getroffen, mit denen das Bewusstsein bei Kindern für gute Ernährung geschärft werden soll. An dem Projekt "Gesund essen - täglich bewegen" etwa beteiligen sich seit 2007 13 Grundschulen aus der Region Hannover. Damit soll auch der Stellenwert von Bewegung stärker hervorgehoben und das Thema Gesundheit insgesamt in den Fokus gerückt werden.

http://www.hannover.de/de/gesundheit_soziales/jugendliche/jugendmedizin_neu/angebote/adiposi.html
<http://www.lifepr.de/pressemitteilungen/hannoverde-internet-gmbh/boxid-17859.html>

"Klingelton-Betrug" schärfer überprüfen

Von über 500 Internetseiten, auf denen Klingeltöne und Hintergrundbilder angeboten werden, werden rund 80% wegen mutmaßlicher Verstöße gegen das EU-Verbraucherrecht untersucht. In einer groß angelegten Aktion hatten bereits Anfang Juni europäische Verbraucherschutzbehörden die entsprechenden Internetseiten überprüft. Bemängelt werden überwiegend unklare Preisangaben, fehlende Steuerbeträge und irreführende Praktiken, z.B. mit Lockangeboten. Im Jahr 2007 wurden schätzungsweise 691 Mio. Euro mit Klingeltönen umgesetzt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1169&format=HTML&aged=0&language=D&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/08/395&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Forschung

Themen für Europäischen Forschungsraum festgelegt

Die EU-Forschungsminister einigten sich in ihrer Sitzung am 17. Juli 2008 auf gemeinsame europäische Forschungsthemen, die gemeinsam koordiniert und zügig umgesetzt werden könnten. Folgende Themen wurden dabei festgelegt:

- 1) die Anpassung der Agrarpraktiken an den Klimawandel und die Sicherheit der Lebensmittelversorgung
- 2) die Umsetzung des Europäischen Strategieplans für Energietechnologie
- 3) eingebettete Computersysteme und
- 4) die Koordinierung der nationalen Aktionspläne gegen die Alzheimer-Krankheit.

In Niedersachsen wird an diesen Themen geforscht. Hier möchten wir lediglich beispielhaft auf zwei Forschungsbereiche verweisen: Die Technische Universität Clausthal forscht aktuell im Bereich der umweltfreundlichen Solarthermie zur Erzeugung von Wärme für Brauchwasser und Heizung. Der Windpark alpha ventus 45 km nördlich vor der Küste Borkums ist ein Pionierprojekt zur Errichtung des ersten Offshore-Windparks unter echten Hochseebedingungen. Dort sollen insgesamt 12 Windenergieanlagen auf einer Fläche von ca. 4 km² und in einer Wassertiefe von mehr als 30 m errichtet werden. Das Projekt wird von E.ON, EWE und Vattenfall unterstützt.

<http://www.innovatives.niedersachsen.de/energie.html>

Auch die Forschung im Bereich der Alzheimer-Krankheit wird in Niedersachsen forciert. Forscher vom European Neurosciences Institute Göttingen (ENI-G) und dem renommierten Massachusetts Institute of Technology haben es geschafft, in Versuchen mit bereits stark vergesslichen "Alzheimer-Mäusen" mit "Hirnjogging" und chemischen Substanzen zu neuer Lernfähigkeit und zur Erinnerung an bereits Vergessenes zu verhelfen. Die Ergebnisse sollen nun als Ausgangspunkt für klinische Studien am Menschen dienen.

[http://www.ue2008.fr/PFUE/lang/de/accueil/PFUE-07_2008/PFUE-17.07.2008/resultats de la reunion informelle competitivite_journee recherche](http://www.ue2008.fr/PFUE/lang/de/accueil/PFUE-07_2008/PFUE-17.07.2008/resultats_de_la_reunion_informelle_competitivite_journee_recherche)

Rechtsrahmen für Forschungsinfrastruktur geplant

Die EU-Mitgliedstaaten halten eine Rechtsform für internationale Forschungseinrichtungen für erforderlich. Diesen Wunsch hat die Europäische Kommission nun aufgegriffen und entsprechenden Regulierungsvorschlag vorgelegt. Demnach könnten die betreffenden Forschungseinrichtungen in alle Mitgliedstaaten Rechtspersönlichkeit erhalten und damit verbundene Vorteile, wie die Befreiung von der Mehrwertsteuer, für sich in Anspruch nehmen.

Stimmen die Mitgliedstaaten dem Vorschlag zu, so könnte die Verordnung Mitte 2009 in Kraft treten.

http://ec.europa.eu/research/press/2008/pdf/com_2008_467_en.pdf
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1142&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/504&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

"Eurostars" für KMU

Die Forschungskapazitäten kleiner und mittlerer Unternehmen werden mit dem Programm "Eurostars" ausgebaut. Hierfür werden 100 Mio. Euro aus Mitteln des 7. Forschungsrahmenprogramms zur Verfügung stehen. Hinzu kommen weitere 300 Mio. Euro an öffentlichen Geldern der teilnehmenden Länder, sodass insgesamt 400 Mio. Euro für die Finanzierung grenzüberschreitender Forschungspartnerschaften zur Verfügung stehen.

2005 wurden in Niedersachsen ca. 4,3 Mrd. Euro für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Der Anteil des Wirtschaftssektors betrug 67%. Statistisch gesehen sind 99% der Unternehmen in Niedersachsen KMUs.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1005&format=HTML&aged=0&language=D&guiLanguage=en>

Umwelt

Aktionsplan soll umweltfreundliche Produkte fördern

Der "Aktionsplan für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch und für eine nachhaltige Industriepolitik" sieht u.a. vor, freiwillige und verbindliche Maßnahmen zur Definition umweltfreundlicher Produkte einzuführen. Außerdem wird das Ziel verfolgt, dass Verbraucher durch die Kennzeichnung von Produkten besser informiert werden. Mit steuerlichen Anreizen soll die Verbreitung derartiger Produkte zudem gefördert werden. In einem Maßnahmenkatalog hat die Europäische Kommission ihre Ideen vorgestellt.

Anliegen der Europäischen Kommission ist es, umweltfreundliche Produkte stärker zu verbreiten und vor allem eine Senkung des Energieverbrauchs zu erreichen.

Informationen der Europäischen Kommission

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1154&format=HTML&aged=0&language=D&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/enterprise/environment/sip_en.htm

Balkan

1,2 Mrd. Euro für den Kosovo

Im Rahmen einer Internationalen Geberkonferenz am 11. Juli 2008, haben Vertreter von 37 Staaten und 16 internationalen Organisationen zugesagt, insgesamt 1,2 Mrd. Euro für den Kosovo bereitzustellen. 508 Mio. Euro werden dabei von der Europäischen Union beigetragen. Das Geld soll zur Institutionenbildung und zur wirtschaftlichen Entwicklung des Staates eingesetzt werden.

Der Kosovo hat am 17. Februar seine Unabhängigkeit von Serbien erklärt.

Webseite der Geberkonferenz

20080903 Newsletter August 2008

<http://www.seerecon.org/kdc/>

Weitere Informationen

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1134&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Rede des EU-Erweiterungskommissars Olli Rehn im Rahmen der Geberkonferenz

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/08/389&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Weitere Themen

Kein Abschluss der Doha-Runde in Sicht

Am 29. Juli 2008 scheiterte der jüngste Versuch, die Doha-Entwicklungsrunde zu einem Abschluss zu bringen. Die zuständigen Minister aus rund 30 WTO-Mitgliedstaaten konnten trotz zwischenzeitlich positiver Erwartungen an einem entscheidenden Punkt keine Einigung erzielen. Indien und China bestanden darauf, im Falle des Anstiegs von Agrarimporten Schutzzölle einzuführen, um so die heimische Landwirtschaft zu schützen.

Erika Mann war mit einer Delegation des Europäischen Parlaments in Genf vor Ort. Unter anderem traf sie sich mit dem Vorsitzenden des Deutschen Bauernverbandes Sonnleitner zum Meinungsaustausch.

Weitere Informationen

http://erikamann.com/themen/Handelspolitik/diewto/wto_gespraech_gescheitert

Webseite der Europäischen Kommission

http://ec.europa.eu/trade/issues/newround/doha_da/geneva08/update_en.htm

Webseite der WTO

http://www.wto.org/english/tratop_e/dda_e/meet08_e.htm

Pressemeldung in Focus Online, 30. Juli 2008

http://kurse.focus.de/news/EUBarroso-pldiert-fr-Fortsetzung-der_id_news_81290801.html

Handel mit Entwicklungsländern: Zollpräferenzen bis 2011 verlängert

Für den Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2011 werden den Entwicklungsländern weitere Zollpräferenzen gewährt. Allerdings werden für einzelne Staaten, darunter China und Indien, die bisherigen Präferenzen deutlich eingeschränkt. Für Entwicklungsländer, die bestimmte Kriterien erfüllen, werden zusätzliche Zollpräferenzen ermöglicht.

Zollpräferenzen werden von der Europäischen Union seit 1971 für Entwicklungsländer gewährt.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission zur Verlängerung der Präferenzen muss noch von den EU-Mitgliedstaaten genehmigt werden. Das Europäische Parlament wird hierzu im Vorfeld seine Stellungnahme abgeben.

Verordnungsvorschlag

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st09/st09792.de08.pdf>

Informationen der Europäischen Kommission

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1192&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/524&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

In diesem Zusammenhang sind auch die Verhandlungen der Europäischen Union über neue Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik zu sehen. Mit diesen Staaten sollen in den kommenden Monaten Abkommen abgeschlossen werden, in denen zum Teil auch der zollfreie Warenimport in die EU vorgesehen ist. Mit den Staaten der Karibik wurde das Abkommen bereits unterzeichnet und wird derzeit im Europäischen Parlament beraten.

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament werden bei mehreren dieser Abkommen für die Berichterstattung zuständig sein. Wir werden Sie über die diesbezüglichen Entwicklungen ausführlich unterrichten.

Weitere Informationen

http://ec.europa.eu/trade/issues/bilateral/regions/acp/index_en.htm

EU-Mythen - aufgeklärt

Einsatz von Dixiklos bei Kartoffelernte

Im Rahmen einer Veranstaltung wurde Erika Mann gefragt, ob die Einführung von Dixiklos bei der Feldarbeit auf eine EU-Regulierung zurückzuführen sei. Erika Mann recherchierte diesen Vorgang und kam zu dem Ergebnis, dass diese Regulierung nicht auf eine EU-Vorgabe zurückgehe sondern eine freiwillige Qualitätsmaßnahme sei. Die Frage zeigte jedoch wieder einmal sehr deutlich, welche große Skepsis der EU gegenüber in der Bevölkerung herrscht.

Erika Mann hat den Sachverhalt in einer Kolumne der Allgemeinen Zeitung (Uelzen) aufgearbeitet.

Die Kolumne können Sie hier nachlesen

<http://www.az-online.de/blog/?p=1333>

Pizza Napoletana

Erika Mann fand vor einigen Tagen im Internet folgende Meldung: EU-Bürokraten hätten in einer Verordnung festgelegt, wie eine Pizza Napoletana zubereitet werden müsse, wie sie auszusehen und zu schmecken habe. Das Rezept hierzu sei im EU-Amtsblatt vom 14.02.2008 C40/17 veröffentlicht worden. In der Tat ist dort sehr exakt das Rezept für die Pizza Napoletana festgehalten. Es handelt sich aber nicht um eine EU-Verordnung, sondern um einen Antrag der "Associazione Verace Pizza Napoletana" (Verein der echten Pizza Napoletana) der die Pizza Napoletana als eine in der EU "garantiert traditionelle Spezialität" (GTS) eingetragen sehen möchte. Dieser Antrag muss nun von der EU-Kommission beraten werden.

Wer Interesse an weiteren EU-Mythen hat, kann einige „Vorurteile“ unter dem nachstehenden Link nachlesen

http://ec.europa.eu/deutschland/understanding/eu_mythen/index_de.htm

Interessante Informationen

"Niedersachsen: Landschaft durch sich wandelnde Landwirtschaft geprägt"

Beitrag in www.agrar.de vom 5. August 2008

<http://www.agrar.de/newsblog/2008/08/05/niedersachsen-landschaft-durch-sich-wandelnde-landwirtschaft-gepragt/>

Europäischer Forschungsrat hat Ausschreibung der "Starting Grants" veröffentlicht

Am 24. Juli 2008 hat der Europäische Forschungsrat (ERC) den Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen für die so genannten "Starting Grants" veröffentlicht. Dabei werden die Anträge nach Wissenschaftsgebieten gestaffelt.

Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen

Der Europäische Forschungsrat hat am 24. Juli einen Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen für die aktuelle Ausschreibung der "Starting Grants" veröffentlicht. Mit den "Starting Grants" fördert der Forschungsrat den Auf- oder Ausbau von Forschergruppen in der EU. Der Aufruf richtet sich an folgende Wissenschaftsgebiete:

- Physical Sciences & Engineering: Frist endet am 29. Oktober 2008 (17 Uhr)
- Social Sciences & Humanities: Frist endet am 19. November 2008 (17 Uhr)
- Life Sciences: Frist endet am 10. Dezember 2008 (17 Uhr)

Für die Ausschreibung stehen insgesamt rund 295 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen unter

<http://erc.europa.eu/index.cfm?fuseaction=page.display&topicID=67>

Öffentliche Anhörung zum Nachhaltigkeitskonzept für Bioenergie

In einer Konsultation hat die Europäische Kommission alle Interessengruppen dazu aufgerufen, ihre Beiträge zur Entwicklung von EU-weiten Nachhaltigkeitskriterien für energetisch genutzte Biomasse einzureichen. Die relevanten Interessengruppen sind z.B. Energieerzeugungsunternehmen, Ausrüstungshersteller, Behörden und Umweltorganisationen.

Beiträge können bis zum 30. September eingereicht werden.

Für weitere Informationen und den Fragebogen

http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/home/consultation/energy_en.htm

Vom 6.-9. Oktober 2008: Europäische Woche der Regionen und Städte

Unter dem Titel "Open Days" findet dieses Jahr vom 6.-9. Oktober die Europäische Woche der Regionen und Städte statt. In diesem Rahmen werden 143 Seminare für rund 15.000 Teilnehmer angeboten. Für die "Open Days 2008" kann man sich online anmelden.

Detaillierte Informationen

http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2008/index.cfm

Arbeitsschwerpunkte von Erika Mann:

Handelspolitik, insbesondere Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation, Beziehungen EU - Mexiko und transatlantische Beziehungen (EU - USA, EU – Kanada), Informationsgesellschaft (elektronischer Geschäftsverkehr, Urheberrecht, Internet) und Telekommunikationspolitik, Forschungspolitik

Die Termine von Erika Mann in Niedersachsen und darüber hinaus können Sie auf der Internetseite:

www.erikamann.com einsehen.